

Ausblick 2019

Ophélie Mortier, Responsible Investment Strategist DPAM

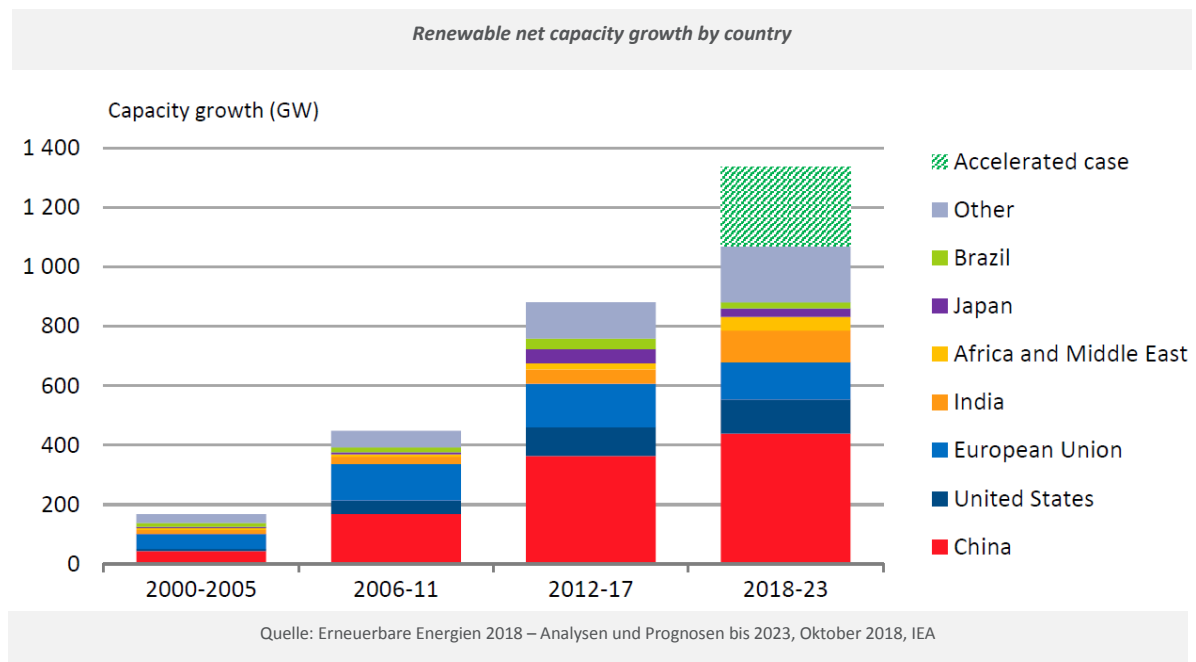
Klimawandel: Zeit, Gas zu geben!

Eines liegt klar auf der Hand – die Klimabedrohung nimmt ihren Lauf, und die Länder werden ihre durch das Pariser Abkommen festgelegten Ziele nicht erreichen. Auch die letzte Klimakonferenz in Kattowitz hat gezeigt, dass die derzeitigen Engagements und Initiativen nicht ausreichen, der Fortschritt ist zu langsam, und hier und da werden sogar die Ziele nach unten korrigiert.

Es braucht also mehr als die Bestrafung und Ächtung der größten Verschmutzer, CO₂-Emittenten oder unsaubersten Sektoren.

Zunächst einmal braucht es eine echte Politik der Energiewende auf Ebene der internationalen Instanzen, aber auch bei den lokalen Verantwortlichen. Die Beispiele Schwedens und Dänemarks zeigen, dass die Umstellung auf wenig Kohlenstoff möglich ist, und zwar mit einer steuerlichen und politischen Strategie, die die wirklichen Herausforderungen des Klimawandels berücksichtigt. Konkret bedeutet dies Strafen in Form einer Besteuerung von Kohlenstoffemissionen bei gleichzeitiger Reduzierung der allgemeinen Steuerlast. Diese Beispiele zeigen, wie wichtig die Rolle der öffentlichen Hand bei Entscheidungen von echter Tragweite ist. Die verschiedenen Initiativen, die von Städten, Provinzen oder anderen lokalen Behörden ergriffen wurden, sind ebenfalls Schritte in Richtung einer echten Umweltpolitik. Außerdem zeigt die Internationale Energie-Agentur, dass Erneuerbare Energien mittlerweile einen bedeutenden Platz beim Nettowachstum der Energiekapazitäten einnehmen.

Weltweit wächst die Bedeutung von Erneuerbaren Energien

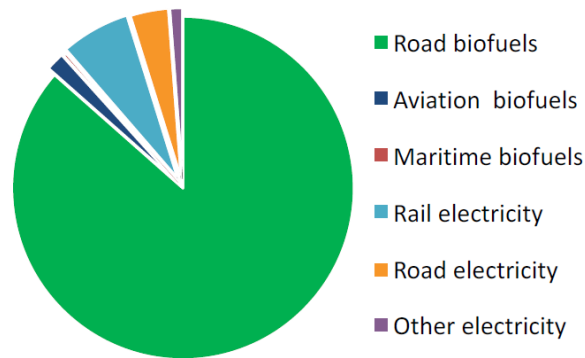


Die öffentliche Hand spielt bei der Energiewende eine wichtige Rolle. Einige Regierungen oder Gemeinden haben angekündigt, dass sie Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor verbieten werden (bis 2040 zum Beispiel in Frankreich und Großbritannien), oder haben Quoten für Elektrofahrzeuge festgelegt, wie es bereits in China der Fall ist. Diese jüngsten Initiativen tragen zur Beschleunigung der Elektrifizierung von Fahrzeugen bei, genauso wie Anreize zum Kauf von E-Autos. Ein gutes Beispiel hierfür ist Norwegen, da das Land Zuschüsse von bis zu 15.000 Euro pro Fahrzeug gewährt. So waren ein Drittel der 2018 in Norwegen zugelassenen



Fahrzeuge zu 100 Prozent elektrisch angetrieben. Zudem wird das Ende des Verkaufs von Autos mit Verbrennungsmotor bis 2025 angestrebt. Südkorea, Dänemark und China sind in dieser Hinsicht ebenfalls gute Beispiele. Ziel ist es dort, kurzfristig die Nachfrage anzuregen, indem die Preisunterschiede zwischen Fahrzeugen mit herkömmlichem Motor und Elektroautos ausgeglichen werden. Im Zuge der Weiterentwicklung der Batterietechnologie soll sich dieser Unterschied schnell verkleinern, und die Zuschüsse werden nach und nach abgebaut.

Prognose des Verbrauchs erneuerbarer Energien im Verkehrssektor bis 2023

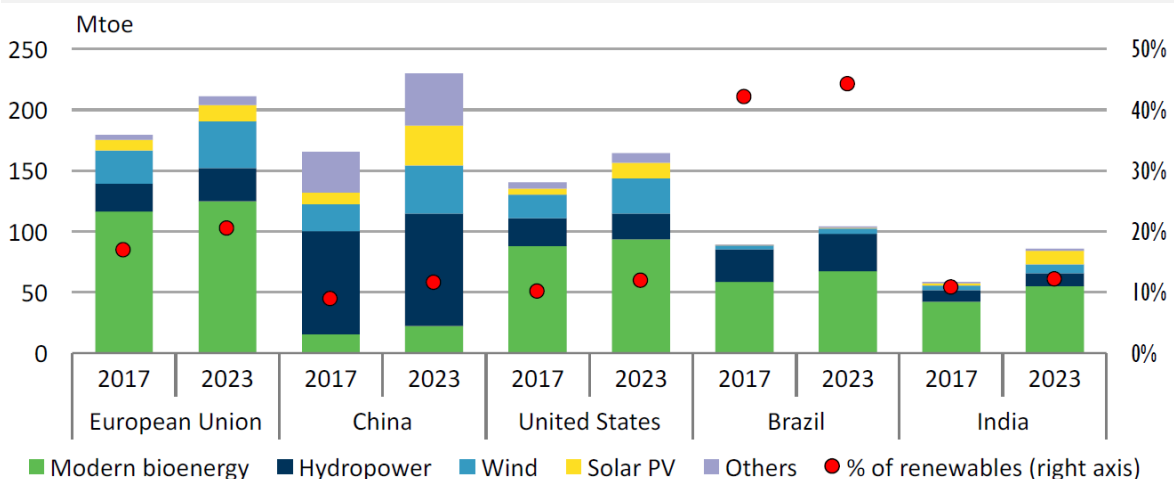


Quelle: Erneuerbare Energien 2018 – Analysen und Prognosen bis 2023, Oktober 2018, IEA

Insgesamt muss die Ausrichtung auf das 2-Grad-Szenario beschleunigt werden, indem innovativere und zum Teil noch kontrovers diskutierte Ansätze, wie beispielsweise die Speicherung von Kohlenstoffemissionen, stärker integriert werden. Technologie und Forschung & Entwicklung kommt eine bedeutende Rolle zu, um den verschiedenen Ländern die Ausrichtung auf das 2-Grad-Ziel zu ermöglichen.

Letztlich muss auch der Energiemix überdacht werden. Die internationale Energie-Agentur hat in ihren Bericht für 2016 zum ersten Mal ein Klimaszenario in ihre verschiedenen Energieszenarien aufgenommen und damit der Herausforderung des Klimawandels einen offiziell anerkannten Status verliehen. Zaghafte Ansätze zur Integration von Klimaszenarien in die Geldpolitik gehen auch von den Zentralbanken aus, wobei der Präsident der britischen Notenbank, Mark Carney, bereits in seiner Rede vom 15. September 2015 von einem Umweltrisiko sprach.

Verbrauch erneuerbarer Energien nach Ländern – 2017 im Vergleich zu 2023



Quelle: Erneuerbare Energien 2018 – Analysen und Prognosen bis 2023, Oktober 2018, IEA

Einen bedeutenden Platz im Energie-Mix bis 2020 verschafft den erneuerbaren Energien auch der schnelle Rückgang der Kosten. Kohle wird demgegenüber zum ‚roten Tuch‘ für Anleger und ist keine tragfähige und glaubwürdige Lösung mehr im Falle einer Unterbrechung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen.

Hierzu einige Zahlen

Bei 70% der im Jahr 2017 weltweit neu hinzugekommenen Nettoerzeugungskapazitäten für Strom handelt es sich um erneuerbare Energien. Das ist das 3,5-Fache wie vor zehn Jahren und zweimal so viel wie noch vor fünf Jahren. Insgesamt gingen weltweit 178 Gigawatt an Stromerzeugungskapazität aus erneuerbaren Energien ans Netz (was der Erzeugungskapazität von Brasilien entspricht) – ein historischer Rekord.

Dieser Übergang erfordert Investitionen. Laut der jüngsten Studie der Internationalen Energie-Agentur beläuft sich der geschätzte Investitionsbedarf im Energiesektor zwischen 2016 und 2050 auf durchschnittlich 3,5 Billionen Dollar pro Jahr. Die Veränderungen betreffen vor allem Investitionen in die Effizienz auf der Nachfrageseite, d.h. im Immobiliensektor, in der Industrie und im Verkehr.

Der Klimawandel steht im Mittelpunkt der sozialen Herausforderungen unserer demografischen Entwicklung

Der dringende Handlungsbedarf in Bezug auf den Klimawandel wird auch durch die humanitäre Notwendigkeit vorgegeben, mit einer nachhaltigen Sichtweise das Recht auf Nahrung zu gewährleisten. Denn der Landwirtschaftssektor steht an vorderster Front gegenüber den Herausforderungen des Bevölkerungswachstums, des Klimawandels und der Ernährungssicherheit. Das Recht auf Nahrung verlangt, dass Folgendes sichergestellt wird:

1. **Verfügbarkeit:** Gewährleisten des Rechts auf Nahrung für die wachsende Weltbevölkerung, ungeachtet der Rahmenbedingungen;
2. **Zugänglichkeit:** Wirtschaftlicher und physischer Zugang zu Nahrungsressourcen, d.h. erschwingliche Preise und physische Zugänglichkeit für alle;
3. **Angemessenheit der Nahrung:** Decken des Ernährungsbedarfs des Menschen mit gesunden und genießbaren Lebensmitteln.

Die Gewährleistung des Rechts auf Nahrung für 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 – und das in einem Umfeld klimatischer Veränderungen und extremer Witterungsbedingungen – ist die vorrangige Herausforderung, die es zu meistern gilt. Doch gilt es zu bedenken, dass die erzeugte Menge an Lebensmitteln bei weitem ausreichend für den weltweiten Kalorienbedarf ist. Es müssen nur mehr Überlegungen angestellt werden, wie man besser produziert und nicht wie man mehr produziert. In diesem Sinne ist auch die zunehmende Nachfrage nach einer hochwertigen Ernährung zu verstehen, bei der die Technologie eine vorrangige Rolle spielt.

Die Lebensmittelproblematik steht im Zentrum mehrerer Ziele, insbesondere auch einer Reihe von Zielen zur nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen: Armut beenden (1), Ernährung sichern (2), Gesundes Leben für alle (3), Wasser und Sanitärsversorgung für alle (6), Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen (12), Sofortmaßnahmen ergreifen, um den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen (13), Bewahrung und nachhaltige Nutzung der Ozeane (14), Meere und Meeresressourcen sowie der Schutz der

Landökosysteme (15).



Die gegenseitige Verknüpfung der verschiedenen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung ist also offensichtlich. Gerechte Ernährung und Klimaschutzmaßnahmen müssen in einem globalen Ansatz kombiniert werden, um das beste Ergebnis zu erzielen.

Zurzeit wird ein Drittel der weltweit erzeugten Lebensmittel verschwendet, für deren Erzeugung ein bedeutender Teil der landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch genommen wird. In der Europäischen Union werden zum Beispiel jährlich 100 Millionen Tonnen gesunder Lebensmittel verschwendet. Zwei Ursachen sind dabei maßgebend:

- Einerseits die problematische Konservierung und der Transport von Lebensmitteln in den Schwellenländern
- andererseits die Konsumgewohnheiten (Überfluss, zu strenge Verfalldaten usw.) in den Industrieländern.

Ernährung ist immer mehr zur Herausforderung geworden, und das umso mehr, seitdem die Verbindung von Ernährung und Gesundheit wissenschaftlich nachgewiesen ist. Während die Budgets für das öffentliche Gesundheitswesen ständig unter Druck stehen und zu restriktiven Bestimmungen für geächtete Lebensmittel wie Zucker, gesättigte Fettsäuren oder auch Salz führen, wird die Forschung bezüglich ausgewogener und gesunder Ernährung gefördert. In diesem Umfeld nimmt die Lebensmitteltechnologie bereits einen wichtigen Platz auf dem Markt ein.

Technologische Entwicklung: Die Lösung allen Übels?

Seit der ersten industriellen Revolution hat die Technologie die Gesellschaft unablässig gespalten und emotionale und kontroverse Debatten ausgelöst. Im 19. Jahrhundert verbrannten und zerstörten die „Luddisten“, eine Gruppe englischer Weber, Webmaschinen als eine Form des Protests gegen den technologischen Fortschritt. Sie befürchteten, dass ihr Beruf und ihr Handwerk von Maschinen verdrängt und ihr Beruf somit verschwinden würde. Der Ausdruck „Luddist“ wird noch heute verwendet, und zwar für Personen, die neue Technologien verabscheuen. Neben der Furcht vor dem Verschwinden bestimmter Berufe nennen sie weitere Risiken der technologischen Entwicklung, wie zum Beispiel die Zunahme von Cyber-Attacken oder das Risiko des Missbrauchs bei der Verwendung privater Daten.

Die technologischen Entwicklungen seit der ersten industriellen Revolution haben jedoch auch zahlreiche Fortschritte in den unterschiedlichsten Bereichen wie Gesundheit, Produktion, Automobil, Sicherheit usw. ermöglicht, sodass die Vorteile die Nebenwirkungen bei weitem ausgleichen.

Während das Tagesgeschehen uns eine zunehmende Entmenschlichung unserer Gesellschaft vor Augen führt, muss die Frage nach dem Platz der Technologie in unserer Zivilisation gestellt werden. Einerseits stellt sie verschiedene Funktionsweisen und Praktiken in Frage und gefährdet einzelne Berufe und Tätigkeitsfelder. Andererseits bietet sie Lösungen für zahlreiche heutige Kernprobleme und ermöglicht eine Verbesserung des Lebens in unterschiedlichen Bereichen und Funktionen.

Bei Degroof Petercam verfolgen wir nicht den Ansatz der Luddisten, sondern einen konstruktiven und positiven Ansatz gegenüber einer Technologie im Dienste des Menschen.

Die Boston Consulting Group hat das Szenario des Kampfes gegen den Klimawandel analysiert. Die Analyse bezieht sich auf die sieben großen Volkswirtschaften der Welt, die zusammen für über 60% der weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich sind. Laut dem Beratungsunternehmen können diese Volkswirtschaften bereits die Abweichung zwischen ihren derzeitigen Emissionen und individuellen 2-Grad-Zielen für 2050 mit erprobten und anerkannten Technologien um 70% verringern. Um jedoch bis 2050 das 2-Grad-Ziel zu erreichen, sind zusätzliche Investitionen erforderlich. Sie liegen zwischen 1,5% des BIP in den USA und Deutschland, belaufen sich aber auf bis zu 6,1% für Russland. Doch wenn die Staaten effizientere Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen eine höhere Priorität geben würden, würde das BIP gar nicht sinken, sondern bei den meisten von ihnen sogar steigen.

Das Beispiel Deutschlands zeigt, dass es seine Emissionen auf dem Weg bis 2050 bereits um 45% reduziert hat. Durch die Nutzung erprobter Technologien kann Deutschland die Emissionen sogar um bis zu 77% reduzieren, und im Falle einer globalen Zusammenarbeit liegt das Reduzierungspotenzial bei 93%. Dies ist ein ehrgeiziges Ziel und entspricht einer weltweiten Verringerung des Kohlendioxidausstoßes um 62 Millionen Tonnen. Erforderlich wird dafür eine globale Eliminierung der Emissionen in den meisten Wirtschaftszweigen. Wenngleich dieses Ziel unrealistisch erscheinen mag, lässt sich bereits sehr viel durch die verstärkte Nutzung von bereits heute eingesetzten Technologien erreichen.

Im Elektrizitätssektor müssten Sonnen- und Windenergie über 80% des Bedarfs decken, und der Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle müsste zugunsten von Gas geplant werden, das eine tragfähige Backup-Lösung bei Ausfällen ist. Alle Sektoren müssten ihre Bemühungen zu mehr Effizienz intensivieren. Dafür fielen erhebliche Investitionen an, die bis 2050 auf insgesamt 1,6 Billionen Dollar geschätzt werden. Dass sich diese lohnen liegt auf der Hand, die Kapitalrendite wird mit knapp 20 Milliarden Dollar veranschlagt.

Darüber wird aber nur allzu selten gesprochen – genauso darüber, dass die Energiewende für die Schaffung von Arbeitsplätzen steht. Die „gerechte“ Energiewende, wie sie in der jüngsten Gemeinschaftsstudie des Grantham Research Institute für Klimawandel und Umwelt, der UN-Initiative für verantwortliches Investieren, dem Hauser Institute for Civil Society der Harvard Kennedy School sowie der London School of Economics and Political Science genannt wird, ist eine bedeutende Triebkraft für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die gerechte Wende steht für die Integration der Dimensionen Beschäftigung, annehmbare Arbeit und Gemeinschaften. Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass die Ausrichtung auf die Pariser Klimaziele netto fast 18 Millionen Arbeitsplätze in den Sektoren saubere Stromerzeugung, Elektrofahrzeuge und Energieeffizienz schaffen dürfte.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Energiewende auch die soziale Komponente berücksichtigt und sich nicht ausschließlich auf die Umwelt konzentriert. Es gibt verschiedene Initiativen zu einer zwischen ökologischen und sozialen Aspekten ausgewogenen und durchdachten Energiewende. In Kanada hat beispielsweise die Regierung im Februar 2018 eine Task Force für einen gerechten Übergang für die Arbeiter der kanadischen Kohleindustrie eingerichtet, um einen im Hinblick auf die sozialen Konsequenzen verantwortungsvollen Ausstieg aus der Braunkohle zu organisieren.

Gesetzliche Bestimmungen und Offenlegung

Eins ist klar: In den vergangenen Jahren war eine wahre Verschärfung des gesetzlichen Rahmens im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung und die Verantwortung von Unternehmen – innerhalb und außerhalb des Finanzsektors – zu verzeichnen. Zugespitzt durch die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die verschiedenen globalen Auflagen der Corporate Governance ist eine strukturelle Tendenz in Richtung nachhaltigen und verantwortlichen Anlegens unverkennbar.

Die Europäische Kommission hat ganz klar das strategische Ziel eines verantwortlichen und nachhaltigen Finanzwesens zum Ausdruck gebracht. Zusammen mit Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten und mit unterschiedlichsten Profilen will sie mit dem im vergangenen Frühjahr veröffentlichten Aktionsplan die

Berücksichtigung von ESG-Kriterien als treuhänderische Pflicht jedes Anlegers im Hinblick auf Nachhaltigkeit einführen, die Taxonomie nachhaltiger Aktivitäten festlegen und die Ausrichtung der Unternehmenskultur im Finanzsektor auf eine langfristige Vision für die Energiewende optimieren. Der Aktionsplan lässt ganz klar den Willen erkennen, Einfluss auf die bedeutenden Richtlinien des Finanzsektors zu nehmen. Hierzu gehören die Richtlinien über die Finanzmärkte (MIFID II), den Vertrieb von Versicherungsprodukten (IDD), die Institutionen der beruflichen Altersvorsorge (IR) und über den Zugang zu Versicherungs- und Rückversicherungsaktivitäten (Solvency II). In dieser Hinsicht stellt der EU-Aktionsplan für alle Akteure des Finanzsektors einen Paradigmenwechsel dar und bestätigt, dass es unvorsichtig wäre, die Entwicklung der gesetzlichen Bestimmungen zu unterschätzen.

Haftungsausschluss

Die Informationen in diesem Dokument und seinen Anhängen (im Folgenden die „Dokumente“) haben rein informativen Charakter.

Die vorliegenden Dokumente stellen keine Anlageberatung dar und sind weder Bestandteil eines Angebots noch einer Aufforderung, Aktien, Anleihen oder Investmentfonds zu zeichnen oder die hierin erwähnten Produkte oder Instrumente zu kaufen oder zu verkaufen.

Anträge auf Anlagen in einen im vorliegenden Dokument erwähnten Fonds können nur auf der Grundlage der wesentlichen Anlegerinformationen (KIID), des Prospekts und des jüngsten verfügbaren Jahres- und Halbjahresberichts eingereicht werden. Diese Dokumente sind kostenlos erhältlich bei Degroof Petercam Asset Management sa, dem Finanzdienstleister oder auf der Website www.dpamfunds.com.

Alle hierin enthaltenen Meinungen und finanziellen Schätzungen spiegeln die Situation zum Zeitpunkt der Ausfertigung der Dokumente wider und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Insbesondere ist die Wertentwicklung in der Vergangenheit kein Hinweis auf den künftigen Wertverlauf, und es gibt keine Gewähr dafür, dass sie sich wiederholt.

Degroof Petercam Asset Management nv (DPAM), deren eingetragener Geschäftssitz sich in Rue Guimard, 18, 1040 Brüssel, befindet und die Verfasserin des vorliegenden Dokuments ist, hat dieses Dokument mit einem Höchstmaß an Sorgfalt erstellt und handelt im besten Interesse ihrer Kunden, unterliegt aber keiner Verpflichtung, irgendwelche Ergebnisse oder Wertentwicklungen zu erzielen. Die zur Verfügung gestellten Informationen stammen aus Quellen, die DPAM für zuverlässig hält. DPAM übernimmt jedoch keine Gewähr dafür, dass die Informationen korrekt oder vollständig sind.

Diese Dokumente dürfen ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von DPAM weder vollständig noch teilweise vervielfältigt oder an andere Personen weitergegeben werden. Das vorliegende Dokument darf nicht an Privatanleger verteilt werden und ist ausschließlich für institutionelle Anleger bestimmt.

Kontakt

dpam@degroofpetercam.com • www.dpamfunds.com